



Notifikation/Verbalnote/Kommuniké

INDIGENES VOLK
GERMANITEN

high priority / bona fides / FPIC

Betrifft: Angehörige des Indigenen
Volkes Germaniten, Ötting
Jürgen Herbert Fischer
c/o Wemding, Str. 1
c/o 86700 Ötting

Indigenes Volk Germaniten, c/o Mission Bochum I und II, siehe hierzu Fußzeile

Bundesverwaltungsamt, mit (humanitärem) Völkerrecht/FPIC/DSGVO/
StAR-VwV 1.2.2./EntschR befähigte Stellen via 0228 – 99 358 2823 sowie
Ausw.Amt/Aussenministerium Berlin u. Bonn, R.Gebiete des VölkervertragsR/
humanitärem Völkerrecht, FPIC 030 – 1817 3402, 030 – 5000-5-2750
BAfJ, BZR/Register/Entscheidungsstellen via 0228 – 99 410 5050
BMJV via 030 – 18 580 – 95 25
BMF 030 – 18 – 682-32 60
BaFin/BNK 0228 – 4108 1550, 030 – 3838 6666
RegPräs S für alle RegPräsiden, lt. ZuV/OJu 0711 - 904-11190

Ulrike Maria Kuklinski

Oberhaupt des indigenen Volkes Germaniten,
Chefunterhändlerin, Generalbevollmächtigte;
Gläubigervertreterin, Menschenwürdeverteidi-
gerin der Angehörigen des Indigenen Vol-
kes Germaniten, CEO/COO des GSD / GSDI

Frank Chlupka

Vizeoberhaupt, Leiter Mission (Kulturstätte)
Bochum I

1/17 VR Verfahrenszeichen (VR steht für
Völkerrecht) des Indigenen Volkes Ger-
maniten (und dessen Unterhändler)
und Trust GSD / GSDI

Missionen DE in: Ascheberg, Bad Bevensen,
Beilngries, Bochum, Braunschweig, Celle,
Husum-Bondeil, Kassel, Köthen, Lachen-
dorf, Leer, Lbg./Marbach, Muldenhammer,
Nessebar, Nordhorn, Nottensdorf, Ohof, Pots-
dam, Töplitz, Wenzelnbach, Wendenburg u.a.
am 18.6.2023 (christl. Zeitrechn.)

Standesamt Dornauwörth - 0906 789 369

Einwohnermeldeamt Wemding 09062 963026

Unser Zeichen: 1/17 VR, Ihr Zeichen: Geburtsurkunde 1891/1969 -
BPA LG W 6329 TS

HERANZIEHUNGSBESCHIED / VERKEHRSERKLÄRUNG

Herangezogen/verpflichtet wird das BVA sowie Institution/das Organ des GG Art. 20 (3)* (Schuldner) sowie zur (Nach-) Leistung seiner, die Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten (Gläubiger) entlastenden, Schran-
ken-Schranken – hard law/ius cogens/Rechtsanwendungsbefehle -

Zu diesen Schranken-Schranken gehören:

verbindliche/gültige, vor- und überstaatliche (höherrangig als die Rechte des Staates) Menschenrechte/-würde, Indi-
genenrechte/-privilegien, CERD bzgl. ethnic origins, Naturrecht – hard law hieraus, EUV Art. 2, verfassungsmäßige
Grundordnung, GG Art. 1, Art. 19 (4), Art. 20, Naturrecht, Allgemeine Erklärung über Bioethik und Menschenrechte,
insbes. Art. 3, Drucksache BT, Bundesregierung 19/23820, insbes. 1.2.2.2., CAT, BGBl. Jahrgang 2021, Teil II Nr. 11
S. 495 ff (Schranken-Schranken/RAAnwendungsbefehle, siehe IPbPr Art. 4), ius cogens

Es wird darauf verwiesen, daß autochthonen Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten wider Normen lt. Beu-
telsbacher Konsens indoktriniert und somit freiheitsberaubend heftig manipuliert, belogen und betrogen wurden.

Gem. AEMR Art. 4, 6, UNDRIP Art. 6, 8, 9, 10 <43>, StAR-VwV 1.2.2. verzichten die Angehörigen des Indigenen
Volkes Germaniten bzw. lehnen die deutsche Staatsangehörigkeit für sich entschieden kategorisch ab, zumal diese
ihnen erhebliche materielle, immaterielle und ideelle Verluste „beschernt“ und die deutsche Staatsangehörigkeit ihnen
absolut unzumutbar und befremdend/identitätsraubend/-verschwurbelnd ist. Die in der verfassungsmäßigen Grund-
ordnung inkludierte Vorschrift, daß staatliche Eingriffe vorhersehbar sein müssen, wurde in keiner Weise von den je-
weiligen Pflichtenträgern (siehe GG Art. 20 (3)) eingehalten. Weder wurden die Eltern der autochthonen Angehörigen
des Indigenen Volkes Germaniten darüber informiert, daß Geburtsurkunden/BPA erheblich/maximal freiheitsberaub-
end indigene Identität und damit Indigenenrechte/-privilegien stiehlt/leugnet, noch wurden Widerrufsbelehrungen/-
hinweise hierzu erteilt. Es ist nicht glaubhaft, daß die Eltern der autochthonen Angehörigen des Indigenen Volkes
Germaniten, wie diese auch selbst, in irgendeiner Weise die deutsche Staatsangehörigkeit ihrer natürlichen, echten
indigenen Identität vorgezogen hätten. Zumal eine solch gravierende Differenz zwischen „Bürgerrechten“ und Men-
schen-/Indigenenrechten in sich schon die Eigeninkludierung in „Staatsangehörigkeit: deutsch“, „Bundesbürgerstatus“
coactus feci aufgehoben hätte, siehe naturrechtliches Verbot der Selbstschädigung sowie FPIC. Natürlich hätte es
lauterer, wahrhafter, integrier und ehrenhafter Belehrung, vgl. BVFG § 6, 99, FPIC bedürft, die nicht erfolgte und
somit ist Bösgläubigkeit gegen die Organe des bzw. iSv BVFG § 99/FPIC/SGB-Behörden und Behörden, die Geburts-
urkunden und Bundespersonalausweise ausstellen, absolut berechtigt/-begründet. Ferner sind diese ergo auch die
Verursacher jeglicher autochthone Angehörige des Indigenen Volkes Germaniten belastender/verurteilender/sanktio-
nierender Verfahren, Urteile/Beschlüsse/Register-/ Verzeichnisseinträge. Und, sollten irgendwelche Vorwürfe/Ver-
dächtigungen gegen autochthone Angehörige des Indigenen Volkes Germaniten vorhanden sein, auch die Ver-
ursacher dieser Vorwürfe/Verdächtigungen, ferner auch schuldig an evtl. getätigte Beantragungen und Anwendungen

- 2 -

© GSD / GSDI – Postanschrift: Mission Bochum I, Brundelstr. 37/ Mission Bochum II, Hohe Eiche 16, DE-44862 Bochum; vorab per Fax an: DE: 03212 – 111 61 55

Das indigene Volk Germaniten legitimiert sich aus den germanischen Völkern, die autochthonen Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten
sind Ureinwohner des angestammten Territoriums/Gebiet (Ethnogenese) und erklären aus Gründen VN(UN)-Resolution 61/295 iVm VN(UN)-Resolution 217 A (II), General
Assembly A/72/186 keinen Verzicht auf ihre indigenen, ureinwohnerrechtlichen, humanitären Rechte, bindend unser EEB Verzeichnis 1/17 VR 07.07.2017, und sind nicht
dem GG Art. 116 zuzuordnen. Das indigene Volk Germaniten ist eigenständiges ethnisches Volk nach VSOB § 6.

Der germanische Geist ist der Geist der Freiheit. -Hegel- self-determination = non-derogable rights, Heimat = autochthones Territorium

Das BVA hat fristlos zu bestätigen, daß die Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten weder Bundesbürger sind, noch Staatsangehörigkeit: deutsch. Es existiert keine völkerrechtliche Norm, die es indigenen Menschen verbietet bzw. versagt, sich zu ihrer indigenen Identität und der aktiven Anwendung/Inanspruchnahme ihrer hiermit verbundenen Indigenenwürde/-rechte/-privilegien zu bekennen. Dieses Bekenntnis und Anwendung institutionell zu hintergehen bzw. irgendwelcher Einschränkungen/Sanktionen zu unterwerfen ist angesichts verbindlicher Schranken-Schranken absolut unzulässig, siehe auch CERD in Bezug zu ethnic origins, CAT, Mindestnormen gem. UN-DRIP Art. 43. Es wäre toxisch abwegig, wenn die beteiligten Rechtspflegeorgane behaupten wollten, daß die native Vorfahren-/Ahnenkette der autochthonen Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten kürzer wäre, als die anderer Indigener, die in BI/POC benannt sind und zu monetärer u.a. Vorteile, auch fiskalische, durch diverse Vereine/Organisationen, herangezogen/benannt wurden/werden, vgl. auch GG Art. 19 (1). Indigen ist indigen. Mensch ist Mensch und Menschen gehören nur sich selbst!

Daß die autochthonen Angehörigen demnach nicht nur durch erhebliche Indoktrination, sondern auch durch Geburtsurkunde ff BPA um ihre Indigenenrechte/-privilegien betrogen wurden, und zwischenzeitlich fundamental diskreditiert/stigmatisiert wurden, um sie toxisch ächtlich und wehrlos zu machen, ist Faktenbasierende Tatsache.. Es mangelt BRDeutschland an indigenem Volk, wie im Bundestag bzgl. ILO-Konvention 169 erklärt wurde, Dieser Mangel ist wegen/gem. UNDRIP Art. 43 folgerichtige Legitimation des Indigenen Volkes Germaniten.

FRI HALSA und mit friedlichen, freundlichen, heilenden, versöhnenden indigenen/indigenisierten Grüßen

Ulrike Maria Kuklinski

Frank Chrupka

[illegible]

Fügen Herbert Fischer



**Economic and Social
Council**

Distr.
GENERAL

E/CN.4/Sub.2/2004/28
3 August 2004

Original: ENGLISH

COMMISSION ON HUMAN RIGHTS
Sub-Commission on the Promotion
and Protection of Human Rights
Fifty-sixth session
Agenda item 5 (b)

PREVENTION OF DISCRIMINATION
PREVENTION OF DISCRIMINATION AND PROTECTION
OF INDIGENOUS PEOPLES

Report of the Working Group on Indigenous Populations
on its twenty-second session*

Chairperson-Rapporteur: Mr. Miguel Alfonso Martínez

* The annexes are being circulated as received, in the language of submission only.

Zitat/Auszug aus/Quelle:

"Die Rechte indigener Völker im Menschenrechtssystem", Nomos-Verlag, Studienkurs Politikwissenschaft, ISBN 978-3-8487-6483-9

Kapitel V: Prägende Einflüsse im Völkerrecht: die Verrechtlichung indigenen Belange in regionalen Menschenrechtssystemen

„Die völkerrechtliche Standardsetzung zu den Rechten indigener Völker artikuliert sich in einem Mehrebenensystem. Dazu zählt einerseits das Sonderrechtsregime der VN-Erklärung zu den Rechten indigenen Völker, einschließlich seiner Interpretationsautoritäten wie die VN-Sonderprozeduren und spezialisierte Mechanismen mit Ansiedlung in das Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR). Andererseits bieten so genannte *hard law*-Instrumente des internationalen Menschenrechtsschutzsystems (vgl. ICCPR, ICESCR, CAT, ICERD, ICRC, CEDAW, ICED, ICMW, ICPD) einen wesentlichen komplementären Schutz mittels der Individualbeschwerdeverfahren und zwischenstaatlicher Klagen.

Im Gegensatz zum soft law umfasst das hard law rechtlich verbindliche Normen. Im Völkerrecht verstehen sich zumeist Abkommen/internationale Verträge als hard law Instrumente. Mit der Ratifizierung erfolgt die Aufnahme jener Normen in die innerstaatliche Rechtsordnung. Gewöhnlich treten damit nicht nur völkerrechtliche Verpflichtungen in Kraft, darüber hinaus werden regelmäßige Überprüfungsmöglichkeiten der Staatenpraxis und ggf. Möglichkeiten für Individual- und inter-staatliche Beschwerdeverfahren geschaffen. Völkerrechtliche Normen werden somit einklagbar.

In diesem Sinne entfalten regionale Menschenrechtssysteme eine bedeutende Wirkungskraft und beeinflussen ihrerseits das Völkerrecht (bottom-up-Ansatz) mithilfe einer fortschrittlichen regionalen Rechtssprechung (vgl. Barelli 2010). ...“

Die ius-cogens/hard law-Instrumente sind konkrete Schranken-Schranken, auf die sich die Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten (ius singulorum, ius consortii) berechtigt berufen. Sie zeigen auf, daß die Angehörigen des Indigenen Volkes Germaniten/das Indigene Volk Germaniten in Gänze Gläubiger/Betroffene/Opfer und nicht Schuldner/Täter/Schuldige sind.

22.08.2022

Beutelsbacher Konsens

I. Überwältigungsverbot.

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

Auch dies bestätigt die Schreiben/Forderungen des Indigenen Volkes Germaniten.

Indigene Kinder von ihrer indigenen Identität zu entfremden, und sie hierdurch an der Gewinnung eines selbständigen Urteils bzgl. Angelegenheiten lt. UNDRIP zu hindern, war/ist höchst toxische Indoktrination und somit Kindeswohlgefährdend, erheblich in ihr Recht auf freie Willensbildung/Bekenntnisfreiheit übergriffig eingreifend. Besonders verabscheuungswürdig ist es, wenn indigene Kinder indigene Beschulung wollen, dies aber nicht berücksichtigt wird. Diese Nichtberücksichtigung ist offenkundig auch deliktische Handlung lt. CERD (bzgl. Ethnic origins – Indigene).